

Pressemitteilung 28032002

Presseerklärung zur Neuregelung des Jugendschutzes (JSchNG)

Altersgrenze für Discobesuch gründlich diskutieren

Der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und Leiter des Landesjugendamtes Rheinland, Markus Schnapka, begrüßt die aktuelle Entscheidung von Bundesfamilienministerin Christine Bergmann, die Novellierung des Jugendschutzgesetzes zu überdenken. Nach zahlreichen Protesten hat sie ihre Ankündigung, die Altersgrenze bei Diskothekenbesuchen auf 14 Jahre herabzusetzen, zurückgezogen.

Bundeskanzler Schröder befürwortet die Intention, die Herabsetzung der Altersgrenze neu zu diskutieren.

Landesrat Markus Schnapka sieht eine große Chance für die Jugendhilfe in der Absicht der Ministerin, einen breiten gesellschaftlichen Konsens anzustreben. Der von der Ministerin angebotene Diskussionsprozess gibt allen Interessierten die Möglichkeit, mitzuwirken.

„Vorüberlegungen zur Gesetzesnovellierung, wie die Herabsetzung der Altersbegrenzung auf 14 Jahre für Diskobesuche, sollten zunächst mit Eltern, Jugendhilfefachkräften etc. abgestimmt werden, bevor sie der Presse mitgeteilt werden,“ sagt Markus Schnapka. „Andernfalls fühlen sich Erziehungsberechtigte und Fachkräfte mit ihrer Verantwortung für junge Menschen allein gelassen und reagieren mit verständlicher Empörung.“

Gegen die Überlegungen der Ministerin hatten nach der Umfrage des Forschungsinstituts polis im Februar 81 Prozent der Befragten protestiert. Kritik kam von Eltern und deren Interessenvertretungen (Familienverbänden), Fachkräften des Jugendschutzes, Suchtexperten, Polizeigewerkschaft etc.

Im Zusammenhang mit der geplanten Novellierung geht es nach Ansicht des Vorsitzenden der BAG auch darum, den Jugendmedienschutz zu verbessern. Die Zuständigkeiten von Bund und Ländern müssen hier noch ausgehandelt werden.

Markus Schnapka begrüßt die geplante Einführung eines Abgabeverbotes für Tabakwaren an unter 16-jährige Jugendliche. Diese Intention trifft weitestgehend auf Zustimmung bei Erziehungsberechtigten und Jugendschutzfachkräften.

Ziel des Gesetzesvorhabens ist es, den gesamten Jugendschutz in einem Gesetz zusammenzufassen. Es wird erst in der nächsten Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zum JSchNG (Jugendschutz-Neuregelungsgesetz) geben. Die geplante Gesetzesnovellierung ist zustimmungspflichtig durch den Bundesrat.

Erst Mitte des nächsten Jahres ist mit der Verabschiedung des JSchNG zu rechnen.